

5. Sonstiges

Das Politikverständnis der Bonner Grünen wird immer wieder an ganz verschiedenen Punkten deutlich – auch im Verhalten der von ihnen geführten Verwaltung. Dabei vertragen die Bonner Grünen Kritik garnicht gut, sondern betrachten sie oft als Majestätsbeleidigung.

Stephan Eisel (www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net) 29. Dezember 2022

**Wie ein Wahlplakat wirken
die Festtagsgrüße auf großflächigen Postern
auf grünem Untergrund der grünen Oberbürgermeisterin in Bonn
auf Steuerzahlerkosten und natürlich mit Namensnennung.**



**Ich finde das stillos:
Warum kommen die Wünsche nicht
parteiübergreifend vom Stadtrat ?**

**Oder noch besser:
Man hätte das Geld für etwas Sinnvolleres ausgegeben.
Es geht immerhin um einen fünfstelligen Betrag
(pro Poster ca. 1.000 €).**

Dr. Stephan Eisel (www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net) 8. Dezember 2023

Kunst in Bonn nicht abbauen!

Die Bonner Kunstkommission hat 15 Mitglieder. Bei der letzten Sitzung waren davon 5 anwesend. Davon stimmten drei für den Abbau von zwei privat finanzierten Kunstwerken auf Plätzen der Stadt. Eine der Skulpturen ist die „Hommage an Beethoven“ von Markus Lüpertz.

Würde diese Empfehlung umgesetzt, blieben die entsprechenden Plätze leer.

Die Kommission sorgt sich, dass die Kunstwerke zu Denkmälern werden könnten. Als die Beethoven-Statue auf dem Münsterplatz 1845 aufgestellt wurde, war sehr umstritten, wie man den Komponisten präsentieren sollte. Das Denkmalkomitee entschied sich damals dagegen, Beethoven in der Art einer antiken Apollo-Statue dazustellen. Stattdessen votierte man gegen den Zeitgeist für zeitgenössische Kleidung. Was manchen damals zu modern erschien, wurde dann bald ein allgemein akzeptiertes Denkmal.

Warum macht sich eine Kunstkommission darüber Sorgen?

Ähnlich befremdlich ist das in der Kunstkommission vorgetragene Argument, die Beethoven-Skulptur habe keine „Ortsbezogenheit“. In einem Radius von weniger als 300 Meter um die Skulptur liegen die Rheingasse mit Beethovens Wohnhaus und sein Arbeitsplatz im kurfürstlichen Schloss. Wer hier keine Standortbezogenheit für eine „Hommage an Beethoven“ erkennt, hat offenbar wenig Kenntnis über Beethoven und Bonn.

Die politischen Gremien sollten dieser Empfehlung der Kunstkommission nicht folgen!

Meinen offenen Brief als Vorsitzender der BÜRGER FÜR BEETHOVEN finden Sie hier:

<https://www.buergerfuerbeethoven.de/clubs/beethoven/news/Brief-Bezirksvertretung-Luepertz-07-12-23.pdf>

Stephan Eisel (www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net) 2. Juni 2023

**Ende 2021 hat der Bonner Rat
ein Gutachten zur „Sanierungsfähigkeit“
des maroden Operngebäudes beschlossen.
Mitte 2023 hat die Verwaltung immer noch
keine Fachfirma damit beauftragt.
Das ist nicht nur eine glatte Missachtung des Stadtrates,
sondern auch unverantwortlich
gegenüber der Bonner Kultur und der Bürgerschaft.**

Stephan Eisel (www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net)

13. Dezember 2024

Mehr als eine halbe Milliarde Euro für die Sanierung des Bonner Stadthauses

Beschlussvorschlag der grünen Oberbürgermeisterin ohne gesicherte Faktengrundlage
466 Mio € soll die von der grünen Oberbürgermeisterin in Bonn vorgeschlagene Sanierung
des Stadthauses nach Auskunft der Verwaltung mindestens (!!!) kosten.

Nicht mitgerechnet sind dabei schon jetzt Zinsen von bis 210 Mio €
und das Risiko von Baukostensteigerungen.

Es fehlt eine Kostenschätzung für die Entsorgung von Asbest und ähnlichen Stoffen.
Mit der Kostenschätzung hat die Stadt das gleiche Beratungsunternehmen beauftragt,
das sich schon bei der Beethovenhalle gewaltig verrechnet hat:

Dort wurden 60 Mio € prognostiziert, aus denen dann mindestens 225 Mio € wurden.
Auch jetzt nennt das Unternehmen die eigene Schätzung „lediglich eine grobe Annahme“
und weist darauf hin, „dass die Begutachtung der Bauteile nur stichprobenartig erfolgen
konnte und ein Großteil der Bauteile nicht einsichtbar war,
durch Abhangdecken und Fassadenteile verdeckt.“

Eigentlich müsse „eine genauere Untersuchung vorgenommen werden.“
Auf dieser wackeligen Grundlage soll der Rat auf Vorschlag der grün geführten
Stadtverwaltung einen Beschluss zur Sanierung fassen.

Der Rat hat der Vorlage leider mit Mehrheit zugestimmt.

Ich hätte meine Hand dafür nicht gehoben.

Die Stadt sollte jetzt wenigstens ein Ausstiegsszenario vorbereiten,
falls es so kommt wie bei der Beethovenhalle, wo Abschätzung der Risiken
auch nur „eine grobe Annahme“ war und ins Millionengrab führte.

August 2025

BITTER FÜR ALLE, DIE DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT LIEBEN:

Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf steht nicht mehr für das Bundesverfassungsgericht zur Verfügung – um „Schaden von der Demokratie abzuwenden“. Respekt für diesen Schritt! Sie zeigt das Verantwortungsbewusstsein, das CDU und CSU ganz offensichtlich fehlt.

Dabei sind es CDU und CSU, die Demokratie und Rechtsstaat massiven Schaden zufügen, sich rechtsextremer Meinungsmache beugen und Fakenews mitbetreiben. Die „Anfänge“ sind längst überschritten.

In Bonn stehen wir weiter für Grundgesetz, Demokratie, Rechtsstaat und Vielfalt ein.

Katja Dörner

EIN GUTER TAG FÜR ALLE, DIE DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT LIEBEN:

Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf steht nicht mehr für das Bundesverfassungsgericht zur Verfügung. Sie hat eingesehen, dass kein Kandidat einen Anspruch darauf hat, auch gewählt zu werden. Wir in Bonn wissen, dass die Freiheit der Wahl Kern der Demokratie ist.

Ich hätte Frau Brosius-Gersdorf nicht gewählt, weil sie Menschenwürde für „abwägungsfähig“ hält und meint: „Die Annahme, dass die Menschenwürde überall gelte, wo menschliches Leben existiert, ist ein biologistisch-naturalistischer Fehlschluss.“ Wir in Bonn wissen, dass es im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Es ist diffamierend denen, die ihr deswegen die Stimme nicht geben wollten, vorzuwerfen, sie würden sich „rechtsextremer Meinungsmache beugen“. Wir in Bonn wissen, dass man andere Meinung respektiert und nicht diffamiert.

In Bonn stehen wir weiter für Grundgesetz, Demokratie, Rechtsstaat und Vielfalt ein.

Stephan Eisel

Stephan Eisel – www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net 11. August 2025

Frau Dörner, wo bleibt der Respekt vor den anstehenden Wahlen?

Die nächsten Oberbürgermeisterwahlen in Bonn finden am 14. September bzw. bei einer Stichwahl am 28. September 2025 statt.

Die Amtszeit der jetzigen Amtsinhaberin endet am 30. Oktober 2025.

Jetzt hat Frau Dörner auf Kosten der Bonner Steuerzahler eine Einladung verschickt, „die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, Katja Dörner, freut sich“ am 16. Dezember 2025 die Eröffnung der Beethovenhalle zu feiern.

Dass der Wahlausgang offen ist, scheint die jetzige Amtsinhaberin nicht zu interessieren. Es wäre einfach gewesen, in der Einladung aus Respekt vor den anstehenden Wahlen, ohne Namen eines Amtsinhabers neutral auf den anstehenden Termin hinzuweisen.

Dass das nicht geschehen ist, halte ich für stillos und respektlos gegenüber den Bewerbern um das Oberbürgermeisteramt und den Wählern.

Mit Pauken und Trompeten öffnet die neue Beethovenhalle Bonn wieder ihre Türen!

Die Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, Katja Dörner, freut sich, die Wiedereröffnung der Beethovenhalle Bonn nach umfangreicher Modernisierung und denkmalgerechter Sanierung gemeinsam mit Ihnen zu feiern.

**Dienstag, 16. Dezember 2025, um 19 Uhr
Beethovenhalle Bonn, Wachsbleiche 16, 53111 Bonn**

Stephan Eisel – www.stephaneisel.de – stephan.eisel@gmx.net 13. August 2025

**Nicht Schilda, sondern Bonn:
Städtisches Zwangsgeld von 20.000 € für
480 Sekunden Rockmusik von Weltstars**

Der Bonner KUNST!RASEN brachte mit der US-Rockband LYNARD SKYNNARD am 5. Juli 2025 Weltstars nach Bonn. Das Konzert war absolut herausragend.

Das Publikum mit über 4.000 Besuchern war begeistert – aber die Band spielte 8 (!) Minuten länger als geplant (vor 22 Uhr). Für diese 480 Sekunden (!) verhängte die Bonner Stadtverwaltung jetzt ein „Zwangsgeld“ von 20.000 € gegen die Veranstalter.

Geht's noch? Müssen aus dem Stadthaus immer wieder solche Signale des provinziellen Starrsinns kommen? Wollen wir uns wirklich regelmäßig lächerlich machen? Hier sollte die grüne Verwaltungschefin schnellstens eingreifen und die städtische Bürokratie zur Lebensnähe zwingen